

Sonderausgabe zu Kommunalem Finanzausgleich

Sehr geehrte Damen und Herren,

heute erhalten Sie von der FDP-Landtagsfraktion eine Extra-Ausgabe von „Aktuelles aus dem Landtag“.

Die Entwicklung der öffentlichen Finanzen ist zur Zeit sehr in der Diskussion. Insbesondere die Kommunen stehen im Fokus.

Der innenpolitische Sprecher, Jan-Christoph Oetjen MdL und ich als haushalts- und finanzpolitischer Sprecher wollen Ihnen den aktuellen Sachstand darstellen und Ihnen damit auch helfen, falschen Darstellungen vor Ort anderer Parteien entgegenzutreten.

Für weitere Fragen sind wir gerne für Sie da!

Mit freundlichen Grüßen



Christian Grascha MdL
Parlamentarischer Geschäftsführer
Haushalts- und Finanzpolitischer Sprecher

FDP-Fraktion im
Niedersächsischen Landtag
Hinrich-Wilhelm-Kopf-Platz 1
30159 Hannover

Tel. (0511) 30 30 34 11
Fax (0511) 30 30 48 63

christian.grascha@lt.niedersachsen.de
www.fdp-fraktion-nds.de



1. Haushalt und Finanzen

Wirtschaft, Arbeit und Verkehr

Wissenschaftlicher Fachreferent: Fabian Fischer; Telefon 0511 3030-4305



1.1 Für eine faire Partnerschaft zwischen Land und Kommunen

Die FDP-Landtagsfraktion hat sich in den vergangenen Jahren immer wieder im Rahmen der finanziellen Leistungsfähigkeit für eine solide Finanzausstattung der Landkreise, Städte und Gemeinden eingesetzt. Dies ist unter anderem dadurch deutlich geworden, dass wir das Konnexitätsprinzip eingeführt, die Erhöhung der Gewerbesteuerumlage unterstützt, sowie den Kommunen mehr Verantwortung übertragen haben.

Die Oppositionsparteien im Niedersächsischen Landtag werfen der Landesregierung nun vor, mit ihrem Haushaltsentwurf für 2010 die kommunale Selbstverwaltung in Niedersachsen zu gefährden. Hintergrund dieses Vorwurfes sind Reduktionen im kommunalen Finanzausgleich.

Außerdem kritisiert die Opposition unsere im Bund durchgesetzten Entlastungen für Familien, Unternehmen und Erben. Dabei wird gerade das Wachstumsbeschleunigungsgesetz für eine Entlastung der Bürger und somit, über ein dann stärkeres Wirtschaftswachstum, für steigende Steuereinnahmen sorgen.

Es ist festzustellen, dass die verringerten Ansätze im Kommunalen Finanzausgleich nicht auf eine schlichte, einseitige Kürzung durch das Land zurückzuführen sind. Vielmehr ist es so, dass auch der Kommunale Finanzausgleich vom allgemeinen Rückgang der Steuereinnahmen betroffen ist.

Es gilt das Prinzip, dass die Kommunen sowohl an den Steuermehreinnahmen als auch an den Mindereinnahmen partizipieren. Hier ist auch der von der SPD vorgeschlagene „Stabilisierungsfonds“ keine Lösung, denn Zuführungen an diesen Stabilisierungsfonds müssten durch Kreditaufnahmen des Landes finanziert werden. Berechnungen des Innenministeriums zufolge müssten hierfür allein 2010 knapp 300 Mio. Euro Schulden aufgenommen werden. Anschließend wären die Kredite dann von den Kommunen selbst zu bedienen. Im Ergebnis würde es sich daher beim Stabilisierungsfonds um eine dritte Säule der kommunalen Verschuldung handeln.

Die Nettoeinnahmen des Landes werden 2009 voraussichtlich um 6,9% sinken, die der Kommunalebene um 5,5%. Niedersachsen wird am Ende des Jahres 2009 ca. 1,3 Mrd. Euro weniger Steuern eingenommen haben als in der mittelfristigen Finanzplanung veranschlagt. Im Jahr 2010 ist mit Steuermindereinnahmen von 2,4 Mrd. Euro zu rechnen. Da die hohen Steuermindereinnahmen des Landes die Kommunen systembedingt im Kommunalen Finanzausgleich mit einem Jahr Verzögerung treffen, wird die Negativentwicklung im Jahre 2010 besonders ausgeprägt sein. In der Folge wird der Kommunale Finanzausgleich, ebenfalls entgegen der ursprünglichen mittelfristigen Finanzplanung, für das Jahr 2009 um 206 Mio. Euro und für das Jahr 2010 um 390 Mio. Euro reduziert werden.

Für die FDP-Landtagsfraktion ist es wichtig, dass zwischen Land und Kommunen eine faire Partnerschaft herrscht. Das zeigt sich insbesondere an den Änderungen des Niedersächsischen Finanzausgleichsgesetzes (NFAG) im Rahmen des Haushaltsbegleitgesetzes 2010. Hier ist für das Jahr 2010 eine einmalige Erhöhung der Zuweisungsmasse des Steuerverbundes im KFA von 18,2 Mio. Euro als Ausgleich kommunaler Steuerausfälle durch Kindergelderhöhung und Kinderbonus vorgesehen. Hinzu kommt eine Erhöhung des Kommunalen Finanzausgleiches um 140 Mio. Euro jährlich durch die Einbeziehung der Kompensationszahlungen des Bundes an die Länder für den Wechsel der Ertragshoheit bei der Kfz-Steuer.

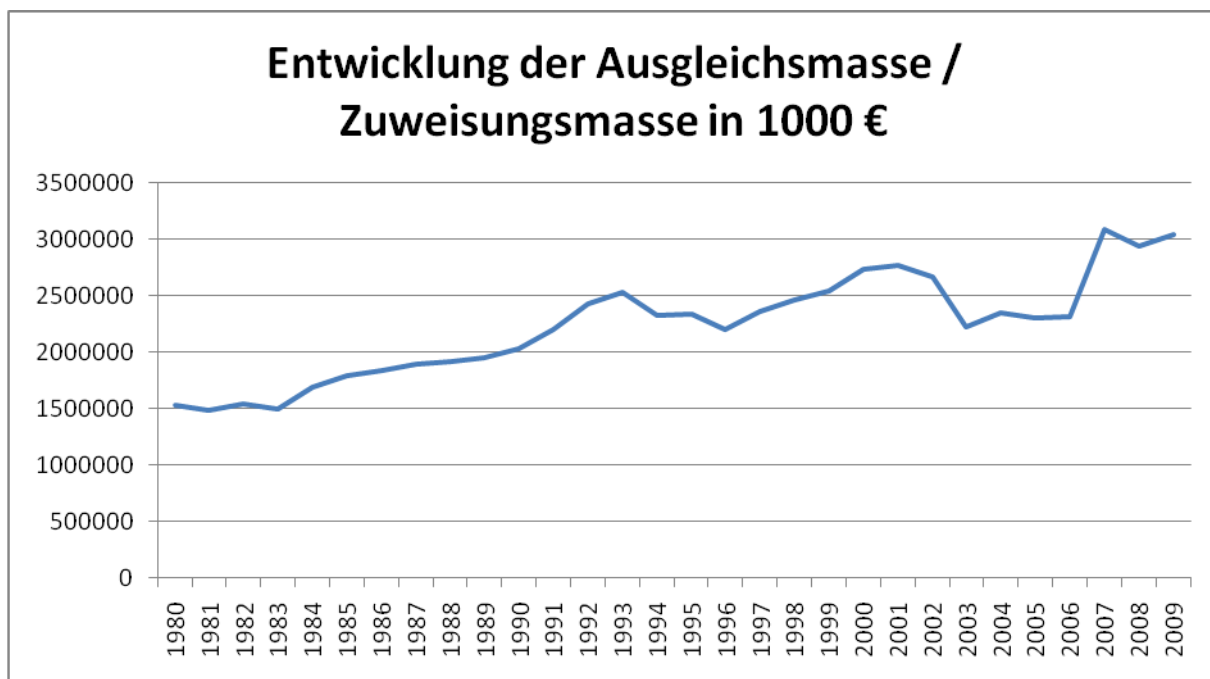
1. Haushalt und Finanzen Wirtschaft, Arbeit und Verkehr

Wissenschaftlicher Fachreferent: Fabian Fischer; Telefon 0511 3030-4305



Anlage:

Entwicklung der Ausgleichsmasse/Zuweisungsmasse des Kommunalen Finanzausgleichs seit 1980



1. Haushalt und Finanzen Wirtschaft, Arbeit und Verkehr

Wissenschaftlicher Fachreferent: Fabian Fischer; Telefon 0511 3030-4305



Jahr	Summe in 1000 €	Jahr	Summe in 1000 €
1980	1530492	1995	2335471
1981	1487727	1996	2200604
1982	1537358	1997	2359232
1983	1492002	1998	2461941
1984	1692317	1999	2542772
1985	1786292	2000	2737494
1986	1831834	2001	2768069
1987	1886789	2002	2663728
1988	1915091	2003	2226050
1989	1953393	2004	2348093
1990	2022837	2005	2299827
1991	2196608	2006	2315569
1992	2420455	2007	3081517
1993	2532174	2008	2931522
1994	2327371	2009	3044165